21.07.2009 – 11:00 Uhr

SNF: Breiter Konsens für eine Imam-Ausbildung in der Schweiz

Bern (ots) -

Imame und muslimische Religionslehrerinnen und -lehrer könnten künftig an schweizerischen Hochschulen ausgebildet werden. Das befürworten mehrheitlich nicht nur die in der Schweiz lebenden Musliminnen und Muslime, sondern auch schweizerische Behörden, Hochschulen und Rechtsexperten. Zu diesem Ergebnis kommt eine religionswissenschaftliche Untersuchung, die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft » (NFP 58) realisiert wurde.

Die in der Schweiz lebenden Musliminnen und Muslime bilden mittlerweile nach den Christen die zweitgrösste Religionsgemeinschaft. Auch der Islam kennt religiöse Autoritäten, die eine Gemeinde leiten und Beistand und Unterweisung in religiösen und lebenspraktischen Fragen bieten. Wichtig im Schweizer Kontext sind einerseits die Imame, die heute im Ausland ausgebildet werden, und andererseits Religionslehrer und -lehrerinnen, für die nur ein privater Kurs in der Deutschschweiz angeboten wird.

Wünschen sich die in der Schweiz lebenden Muslime eine Änderung dieses Zustands? Und wenn ja, welche? Was meinen Vertreter von schweizerischen Institutionen dazu? Diesen Fragen sind Ulrich Rudolph vom Orientalischen Seminar sowie Dorothea Lüddeckens und Christoph Uehlinger vom Religionswissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» (NFP 58) nachgegangen.

Ein authentischer Islam, aber auch ein Islam für die Schweiz
Die Forschungsgruppe hat in sieben Schweizer Kantonen (BE, BS, GE, SG, VD, VS, ZH) rund 100 Interviews mit Vertretern islamischer Gemeinden und Organisationen sowie rund 40 schriftliche Befragungen von Religionsgemeinschaften, politischen Parteien, Behörden, Hochschulen und Rechtsexperten durchgeführt. Das Team kommt in der qualitativ-empirischen Pionierstudie zum Schluss, dass unter diesen massgeblichen Akteuren ein Konsens möglich ist: Die Befragten sprechen sich mehrheitlich dafür aus, Imame und islamische Religionslehrer künftig in der Schweiz auszubilden.

Gute Kenntnisse der lokalen Landessprache, des Rechts und der Politik
Nach Ansicht der Musliminnen und Muslime soll die akademische Ausbildung des Imams garantieren, dass dieser über fundierte Islamkenntnisse verfügt und seine Rolle als würdiger Leiter und Repräsentant seiner Glaubensgemeinschaft ausüben kann. Wie ein christlicher Pfarrer soll er als Seelsorger, religiöser Spezialist, Pädagoge und moralisches Vorbild mehrere Aufgaben ausüben können. Der Imam soll mit der Schweiz vertraut sein, die lokale Landessprache gut beherrschen und Bescheid wissen über die schweizerische Gesellschaft, das Recht und die Politik. Zudem soll er den Kontakt mit den anderen Religionsgemeinschaften pflegen.

Islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sollen nach Meinung der Befragten zwischen den Generationen und Kulturen vermitteln,

solide Islamkenntnisse besitzen und über pädagogisch-didaktische Kompetenzen verfügen. Gewünscht wird, dass an den öffentlichen Schulen ein islamischer Religionsunterricht nach dem Modell des christlichen eingeführt wird. Freilich ist der herkömmliche christliche Religionsunterricht in mehreren Kantonen durch eine konfessionsübergreifende Religionskunde abgelöst worden. In dieser Umbruchsituation müssen die muslimischen Verbände und die Behörden nach Ansicht der Forschenden flexible Lösungen suchen.

Nach dem Wunsch der befragten Muslime soll der von Imamen und Religionslehrern vertretene Islam in den kulturellen Kontext der Schweiz passen, ohne jedoch vom Schweizer Staat reglementiert zu werden. Zugleich sollen die zu schaffenden Ausbildungsgänge durch Hochschulen der islamischen Welt anerkannt, aber nicht einfach von dort importiert werden. Die Muslime setzen bei der Realisierung dieser Ziele auf eine aktive Rolle der schweizerischen Institutionen, nicht zuletzt zur Abwehr extremistischer Einflüsse.

Christliche Landeskirchen als Modell?
Rechtlich gesehen bestehen laut den Forschenden für die Einführung der Ausbildung von Imamen wie Religionslehrerinnen und -lehrern keine Hindernisse. Da sowohl das Verhältnis des Staats zu den Religionsgemeinschaften als auch das Bildungswesen kantonal geregelt werden, sind für mögliche Ausbildungsgänge vor allem die kantonalen Akteure gefordert (Bildungs- und Integrationsbehörden, islamische Verbände). Der Bund kann kantonsübergreifend fördern und koordinieren.

Als kurzfristige Lösung bieten sich Zusatzkurse an, die Imame mit ausländischer Ausbildung mit den Schweizer Verhältnissen vertraut machen. Längerfristige Lösungen könnten sich am Umgang des Staates mit den christlichen Landeskirchen orientieren; sowohl die befragten Muslime als auch die Behörden und Rechtsexperten nehmen, bisweilen gestützt auf den Grundsatz der Gleichbehandlung, darauf Bezug.

Das Nationale Forschungsprogramm «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» (NFP 58)
Das NFP 58 ist vom Bundesamt für Justiz angeregt und vom Bundesrat bewilligt worden. Es soll wissenschaftliche Kenntnisse über die in der Schweiz präsenten religiösen Gemeinschaften und deren Beziehung zu Staat und Gesellschaft liefern. Diese Kenntnisse fehlen den Bundesbehörden heute als Entscheidungsgrundlage.
Am 2. Dezember 2005 hat der Bundesrat das interdisziplinär angelegte NFP 58 bewilligt. 2007 haben 28 Forschungsgruppen ihre Arbeit aufgenommen. Das Projekt «Sollen Imame und islamische Religionslehrer in der Schweiz ausgebildet werden?» ist als erstes abgeschlossen worden. Ende 2010 werden alle Forschungsgruppen ihre Untersuchen beendet haben. www.nfp58.ch

Diese Medienmitteilung sowie weitere Unterlagen stehen ab dem 21.07.09, 11.00 Uhr auf der Website des Schweizerischen Nationalfonds zur Verfügung: www.snf.ch > Medien > Medienkonferenzen

Kontakt:

Prof. Dr. Ulrich Rudolph
Orientalisches Seminar
Universität Zürich
Wiesenstrasse 9
8008 Zürich
Tel.: +41 44 634 07 30
E-Mail: u.rudolph@access.uzh.ch

Prof. Dr. Christoph Uehlinger
Religionswissenschaftliches Seminar
Universität Zürich
Kirchgasse 9
8001 Zürich
Tel.: +41 44 634 47 32
E-Mail: christoph.uehlinger@access.uzh.ch

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100002863/100586969 abgerufen werden.